

Zitat des Tages



„Wir bestehen auf einer Umsetzung des Synodalen Weges in allen deutschen Diözesen.“

Nach dem Abschluss des Synodalen Weges pochen katholische Laien auf die Einhaltung der Reformbeschlüsse. Die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Irme Stetter-Karp, appellierte dabei insbesondere an die deutschen Bischöfe.

Pressestimmen

Zu Altkanzler Schröder

Frankfurter Rundschau Altkanzler Gerhard Schröder hat keinen Anspruch auf Büro und Personal im Deutschen Bundestag. Kritiker Schröders und seiner populistischen Irrlichterei können aufatmen. Doch zufriedenstellend ist die Situation auch nach dem Urteil nicht. Das Parlament wäre gut beraten, die Ausstattung der Altkanzlerin und der Altkanzler endlich in einem Gesetz zu regeln. Solange es das nicht tut, bleibt das gesamte Prozedere intransparent und stehen Entscheidungen wie die im Fall Schröder zurecht im Verdacht, eine politische Retourkutsche zu sein. Denkbar wäre es, diese Privilegien auf eine Legislaturperiode nach dem Ende der Amtszeit zu beschränken. Wenn ehemalige Regierungschefs danach noch Verpflichtungen wahrnehmen, die sich aus ihrem vormaligen Amt ergeben, könnte der Bund die Kosten dafür anlassbezogen übernehmen. In Zeiten steigender Kosten und hoher Staatsverschuldung würde der Bundestag mit einer solchen Entscheidung auch ein willkommenes Signal an die Bürgerinnen und Bürger senden.

Reutlinger General-Anzeiger Es mutet geradezu tragisch an, wie der Mann, der sich unbestreitbar Verdienste für die SPD und Deutschland erworben hat, der Realität entrückt ist. Schlimm genug, dass er sich nach Kriegsbeginn immer noch nicht deutlich von Putin distanzieren hat. Im Gegenteil: Schröder hat immer noch mehrere Posten in russischen Staatsunternehmen inne und verdient damit eine Menge Geld. Und nun soll mit Steuergeldern ein Büro in Berlin bezahlt werden, das er gar nicht nutzt? Grotesk. Man wünscht Schröder einen Freund, der ihn zur Seite nimmt, ihm eine Cohiba ansteckt und ihm erklärt, er möge sich doch nicht mehr so wichtig nehmen und sich fürderhin einfach zurückhalten.

Zum Drohnen-Vorfall in Moskau

Hannoversche Allgemeine Zeitung Tatsächlich kursieren zwar zur Drohnenattacke drei verschiedene Theorien. Keine davon aber spricht für ein starkes Russland und einen starken Präsidenten Putin. War es eine russische Inszenierung? Dann wäre damit das Eingeständnis verbunden, dass das Regime in seiner kriegsmüde werdenden Gesellschaft den Nationalismus mühsam neu befeuern muss. War es tatsächlich eine Attacke aus der Ukraine? Dann müsste Putins Luftabwehr erklären, wie es möglich ist, dass unbemannte Flugobjekte quer durch Russland bis zu den Kremldächern gleiten konnten. Stecken russische Putin-Gegner dahinter? Dann wären Blitz und Donner über dem Kremel eine für die Präsidenten bedrohliche Machtdemonstration seiner Feinde am Vorabend der erwarteten ukrainischen Gegenoffensive.

Karikatur des Tages



Demnächst Staatssekretär über Bord? Zeichnung: Heiko Sakurai

Meinungen

Wieder fehlerhaft



Von Rebekka Wiese

Die neue Migrationspolitik der EU wählt keinen Ansatz, der Erfolg verspricht, glaubt unsere Autorin.

Plötzlich soll alles ganz schnell gehen. Seit Jahren streiten die EU-Mitgliedsstaaten darüber, wie eine gemeinsame Asylpolitik aussehen könnte: ob die Grenzen kontrolliert werden sollen und wer das übernimmt, wie man die Schutzbedürftigen verteilt, wer bleiben darf und wer gehen muss. Jetzt sieht es so aus, als stehe eine Lösung bevor. Möglicherweise könnten die Mitgliedsstaaten schon bis Juni eine gemeinsame Position finden. Das zumindest wünscht sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die sich seit Wochen für eine schnelle Einigung einsetzt – wohl auch vor dem Hintergrund, dass in der kommenden Woche im Kanzleramt ein weiterer Flüchtlingsgipfel stattfinden wird.

Doch auch wenn es eine gute Nachricht ist, dass sich die EU auf eine gemeinsame Asylpolitik einigen will: Der Vorschlag, auf den sich die Mitglieder nun verständigen wollen, beruht auf demselben Fehler, wie die meisten Ideen, die bisher diskutiert worden sind. Wieder geht es vorrangig um die Frage, wie man es schafft, Menschen von der Flucht nach Europa abzuhalten. Doch das allein ist keine Antwort auf die Frage, wie eine gerechte Asylpolitik aussehen kann.

Verlagerung Der Vorschlag, für den sich die Faeser nun einsetzen will, sieht vor, die Asylverfahren an die Außengrenzen der EU zu verlagern. Dort sollen die ankommenden Migranten registriert und überprüft werden. Wer aus einem Drittstaat stammt, der nach deutscher Einstufung als sicher gilt, oder aus einem Land, aus dem nur wenige Asylbewerber anerkannt werden, durchläuft dann eine Art Speed-Asylverfahren, das nach zwölf bis 14 Wochen abgeschlossen sein soll. Bis

dahin müssen die Asylbewerber in Migrationszentren bleiben.

Verkürzung Dass die Verfahren künftig Wochen statt Monate oder Jahre dauern sollen, ist zu begrüßen. Doch dass dieser Prozess an die Außengrenzen verlagert werden soll, ist fragwürdig. Dort sollen höchste menschenrechtliche Standards gelten, versprechen die zuständigen Stellen. Doch wer sich an Bilder aus Moria erinnert, wer Berichte über das Lager auf Lampedusa gelesen hat, weiß, wie unglaublich diese Beteuerungen sind. Ohnehin stellt sich die Frage, wozu es nötig ist, diese Verfahren an den Außengrenzen stattfinden zu lassen. Als würden Probleme verschwinden, wenn man sie nicht selbst vor Augen hat.

Es gibt noch eine dritte Stufe des Migrationsplans. Demnach will die EU mit einigen als sicher eingestuften Drittländern darüber verhandeln, welche legalen Wege der Migration man ihnen anbieten kann. Dafür sollen sie im Gegenzug abgeschobene Asylbewerber wieder zurücknehmen. Den Versuch, solche Migrationsabkommen zu verhandeln, gab es schon oft, einige wurden auch beschlossen. Nur: Funktioniert hat bislang keines.

Der Vorschlag lässt außerdem außer Acht, dass Schutzbedürftige zurückerneuern. Den Versuch, solche Migrationsabkommen zu verhandeln, gab es schon oft, einige wurden auch beschlossen. Nur: Funktioniert hat bislang keines. Der Vorschlag lässt außerdem außer Acht, dass Schutzbedürftige zurückerneuern. Den Versuch, solche Migrationsabkommen zu verhandeln, gab es schon oft, einige wurden auch beschlossen. Nur: Funktioniert hat bislang keines.

Als würden Probleme verschwinden, wenn man sie nicht selbst vor Augen hat.

Schutzbedürftige Aber derzeit gibt es nicht mal Lösungen für Schutzbedürftige, die ein unstrittiges Recht auf Asyl haben. Um es geltend zu machen, müssen diese Menschen es aber in die EU schaffen – was meist lebensgefährlich und teuer ist. Es muss eine Lösung her, wie Asylberechtigte ihr Recht sicher wahrnehmen können. Dann kann man darüber nachdenken, wie man mit Menschen umgeht, die nicht offiziell schutzbedürftig sind – und zwar auf menschenwürdige Weise.

Appell für mehr Solidarität

STUTTGART Uta-Micaela Dürig vom Paritätischen Wohlfahrtsverband

Gastbeitrag

Von Uta-Micaela Dürig

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg ist laut einer aktuellen Studie des Sozialministeriums im Vergleich zu 2019 deutlich zurückgegangen. Und das gemessen an allen relevanten Dimensionen wie soziale Netze, Vertrauen in Mitmenschen, Akzeptanz von Diversität, Identifikation, Vertrauen in Institutionen, Gerechtigkeitsempfinden, Solidarität und Hilfsbereitschaft, Anerkennung sozialer Regeln und gesellschaftliche Teilhabe.

Gerechtigkeit Solidarität in der Gesellschaft wächst mit sozialer Gerechtigkeit. Deshalb müssen wir es schaffen, Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen, zu hören, ihnen etwas zuzutrauen, sie einzu-

„Die gesellschaftlichen Herausforderungen sind komplex.“

binden und zu integrieren. Dafür setzen wir uns als unabhängiger Wohlfahrts-Verband gemeinsam mit unseren über 900 Mitgliedsorganisationen und deren 130.000 Ehren- und Hauptamtlichen ein. Denn überall dort, wo Menschen aufgrund ihrer besonderen Lebensumstände Unterstützung durch die gesellschaftliche Solidargemeinschaft benötigen, gehen die sozialen Einrichtungen und Dienste stellvertretend mit der Vielfalt ihrer Angebote in diese Verantwortung der Gesamtgesellschaft hinein. Hier werden Menschen in unterschiedlichen Lebens- und Altersphasen begleitet und bekommen tagtäglich professionelle und bedarfsgerechte Unterstützung, Rat, Wertschätzung und Emotionalität. Nicht umsonst ist die Freie Wohlfahrtspflege seit 70 Jahren ein fester Baustein der Verfassung Baden-Württembergs.

Alarmieren müsste jedoch, wenn Einrichtungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft die Lang-



Uta-Micaela Dürig vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. Foto: Der Paritätische

Zur Person

Uta-Micaela Dürig (Jahrgang 1964) ist seit 1. April 2023 Vorständin für Sozialpolitik beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg. Dürig absolvierte eine Ausbildung zur Redakteurin bei einer Tageszeitung in Westfalen. Es folgten Tätigkeiten als Redakteurin sowie als Führungskraft, unter anderem zwölf Jahre bei der Robert Bosch GmbH. Berufsbegleitend studierte sie Kommunikationswissenschaften und absolvierte eine Ausbildung zur Wirtschaftsmediatorin. red

liche Situation ihres Unternehmens als sehr angespannt bezeichnen. Sie immer häufiger und drastischer Leistungen zurückfahren müssen, weil die Kombination aus steigenden Ausgaben und sinkenden Erträgen nicht mehr wirtschaftlich getemmt werden oder kein Fachpersonal mehr gefunden werden kann.

Dabei bräuchten wir die Menschen in der Sozialwirtschaft in Baden-Württemberg gerade jetzt! Denn die gesellschaftlichen Herausforderungen sind komplex: Allein 2021 galten im Landle 16,5 Prozent der Einwohner als armutsgefährdet, in Heilbronn-Franken 13,2 Prozent. Was ältere Menschen betrifft, werden im Jahr 2035 rund 20 Millionen Menschen älter als 66 sein. Bis 2040 werden rund 320.000 stationäre Pflegeplätze und bis 2035 in der Lang-

zeitpflege mehr als 300.000 Pflegekräfte fehlen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird gestärkt, wenn wir nicht wegschauen, sondern uns alle für mehr Chancengleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität, Partizipation, Toleranz, Bildung und menschenwürdiges Altern einsetzen. Dabei kann helfen, Mehrwert aus Vielfalt zu generieren, Digitalisierung verstärkt zu nutzen, Nachhaltigkeit sozial gerecht auszubauen und Allianzen zu schmieden, um Personalgewinnung und -bindung in der Sozialwirtschaft zügig zu fördern. Denn ohne die sozialen Berufe können auch die dringend benötigten Arbeitskräfte im Handwerk und im Handel oder in der Industrie nicht in Vollzeit arbeiten, weil die Kitaplätze fehlen oder der Pflegeplatz nicht belegt werden kann.

Schulterschluss In engem Schulterschluss mit anderen Verbänden, auch aus der Wirtschaft, mit Ministerien, Kommunen und den Betroffenen selbst, stehen wir für eine gerechtere, demokratische und solidarische Gesellschaft ein. Gemeinsam entwickeln wir neue Lösungen, die Armut in Baden-Württemberg bekämpfen und dem dramatischen Fachkräftemangel entgegenwirken: Damit beispielsweise ausländische Pflegekräfte nach bestandener Ausbildung in Deutschland nahtlos beschäftigt werden können und nicht bis zu sechs Monate erneute Anerkennungsschleifen drehen müssen.

In unserem Jubiläumsjahr geht es uns weiterhin um jeden einzelnen Menschen und die Menschenwürde und -rechte. Dazu gehören die Einführung einer Pflegevollversicherung und armutsfesten Kindergrundsicherung, ein Bürgergeld, das zum Leben reicht und eine soziale Wohnraumversorgung. Denn nachweislich sind Gesellschaften mit gutem sozialem Zusammenhalt friedlicher, toleranter und produktiver. Sie sind offener für Innovationen und besser in der Bewältigung neuer Herausforderungen. Worauf warten wir also? Räumen wir Hemmnisse aus der Welt – jetzt! Wir helfen und denken gerne mit – seit 75 Jahren. Laden Sie uns gerne zur Entwicklung von Problemlösungen ein!

Keine Chance



Von Norbert Walleit

Der Vorstoß für ein Tempolimit soll auch die Basis der Grünen beruhigen, glaubt unser Korrespondent.

Die grüne Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat erneut ein Tempolimit auf Autobahnen ins Spiel gebracht. Die vermutlich einsetzende Aufregungskonjunktur ist aber Energieverschwendung. Der liberale Verkehrsminister Wissing würde sich an den Toren seines Hauses festkleben, wenn es das letzte Mittel wäre, um Vollgasbrausen auf Autobahnen zu erhalten. Das Schauspiel wird uns erspart bleiben können. Das strikte Nein des kleinsten Koalitionspartners reicht aus. Politisch hat das Tempolimit keine Chance.

Natürlich weiß das auch Steffi Lemke. Sie verspricht sich von ih-

rem Vorstoß einen doppelten Nutzen. Sie signalisiert ihrer Basis, dass die grüne Parteispitze das Herzenthema der Partei nicht vergessen hat. In Zeiten, da der Partei der Wind ins Gesicht bläst, sind solche Rituale wichtig. Aber es geht nicht nur um Rhetorik, sondern auch um Politik. Die Ampel hat sich auf die Grundzüge einer Reform des Klimaschutzgesetzes verständigt. Bislang musste jeder Sektor bestimmte Ziele erreichen und bei deren Verfehlung Sofortprogramme zum Nachsteuern aufliegen. Künftig schlechte Werte im einen Sektor durch gute Ergebnisse in einem anderen Gebiet kompensiert werden können. Erfolge bei der Gebäudesanierung könnten also schlechte Resultate beim Verkehr wettmachen.

Lemke will verhindern, dass das zum Freibrief wird. Es soll Druck auf dem Kessel bleiben. Für den Fall, dass sich der liberale Ressortchef zurücklehnt, zeigt Lemke schon einmal die Folterwerkzeuge. Das ist der ganze Sinn der Übung.

Seite 4

HEILBRONNER STIMME Impressum Ein Unternehmen der Stimme Mediengruppe

Verantwortliche Redakteure Regionalredaktion, Kultur, Kinder/Jugend/Familie

Hohenloher Zeitung Ralf Reichert, Yvonne Tscherswitschke (stv.)

HEILBRONNER STIMME Postfach 2040, 74010 Heilbronn

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 72 vom 1. Oktober 2022